

trieben gefordert, die Rückgängigmachung aller Wohnraubungen, die Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter gefordert.

Wir haben in einem Antrag die Forderung auf Verbot des Einsatzes der Schutzpolizei bei Wirtschaftskämpfen der Arbeiter erhoben, wir forderten die Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpfer-Bundes und wir haben leidlich einen Antrag eingebracht, in dem die Ausweitung aller Angehörigen ehemaliger Fürstenhäuser, insbesondere des Ex-Kronprinzen und die Sanktionierung aller ihrer Vermögenswerte gefordert wird.

Warum nehmen die Sozialdemokraten zu diesen Anträgen nicht Stellung? Sie übergehen diese Anträge völlig oder versuchen sie lächerlich zu machen und richten ihr ganzes Bestreben darauf, den Blick der Arbeiterschaft von diesen Forderungen abzuwenden und auf den Ministerstreit zu konzentrieren. Wie haben im Preußischen Landtag die Forderung auf Rückgängigmachung aller Notverordnungen der preußischen Staatsregierung erhaben, wir haben im Landtag einen Antrag eingebracht, der die preußische Staatsregierung verpflichtet soll, auf die Reichsregierung einzutreten, alle deutschen Tributabgaben einzustellen und aus dem Völkerbund auszutreten, wir haben im Landtag die Kürzung der hohen Beamtengehälter und die Belagernahme großer Vermögen gefordert. Warum liegen die Nationalsozialisten die angeblichen „Kämpfer gegen Tributlavlerei und Notverordnungsdiktatur“ die „Bretter der Einschneidung“ nichts zu diesen Anträgen der Kommunisten? Sie schwärzen sich wohlwollig über diese Anträge der Kommunisten und ihre Stellungnahme hierzu aus und sprechen ganz offen aus, daß es ihnen um nichts anderes geht, als um die „Reinigung der preußischen Verwaltung“, d. h. also darum, die sozialdemokratischen „Parteibürobeamten“ durch solche nationalsozialistische Couleur zu ersetzen.

Nationalsozialisten und Sozialdemokraten geht es also bei all ihrer Agitation und bei ihrer praktischen Stellung im Preußentum am nichts anderes als um die Aufbaudatei und den Schachzug um Ministerposten, Polizeipräsidientenposten, Regierungspräsidenten und alle anderen Posten bis herunter zum Rechtsanwalt und Richterwähler.

Eins aber ist entscheidend für die Taktik der Kommunisten. Es bestehen bei uns feinerlei Illusionen, es darf auch bei der Arbeiterschaft keine Illusion darüber geben, daß die Durchsetzung der Forderung der Kommunisten auf dem Wege möglich ist, sondern daß die Forderung der Kommunisten, ja, daß nur die geringste Forderung der Arbeiterklasse nur auf dem Wege des außerparlamentarischen Kampfes durchgesetzt werden kann. Und zu diesem außerparlamentarischen Kampf um die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse wollen wir die proletarische Einheitsfront. Es geht also nicht um eine sogenannte Einheitsfront der Parlamentsstaatlichkeit. Wenn die Kommunisten auch im Parlament jede Möglichkeit des Kampfes gegen eine weitere Ausweitung des Faschismus ausnutzen, dann ist das mit jenen parlamentaristischen Gefürchtungen und Erwägungen, die die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten der Arbeiterklasse zugestanden möchten, nicht das mindeste zu tun und insbesondere alle Hoffnungen der Sozialdemokraten auf eine Abhängigkeit unterstreichende Kampfes gegen die Sozialdemokratie als des Hauptfeindes im Lager der Arbeiterklasse und gegen ihre Hallenversatterische Politik des „kleineren Nebels“, sind völlig ungrundiert und die sozialdemokratischen Führer werden jetzt bald das Geheimtum erfahren.

Die proletarische Einheitsfront jedoch wollen wir und schaffen wie für die außerparlamentarischen Kämpfe der Arbeiterklasse um ihre Forderungen und gegen den Faschismus.

Die sozialdemokratischen Führer scheitern jeder und Mordblod, daß wir mit ihnen, den sozialdemokratischen Führern, nicht ehrlich eine Einheitsfront wollen. Zum Teufel, ihnen geht es ja nur um Posten, um Minister- und Präsidentenposten, um die staatliche Gütertruppe, um die Inhaftierung des kapitalistischen Staatesapparates und um die Erhaltung des kapitalistischen Herrschaltsystems überhaupt. Ihnen geht es ja gar nicht um die Kampffront der Arbeiterklasse gegen Wohn- und Unterstüzungsrabau, gegen fälschlichen Terror und Notverordnungsdiktatur. Ihnen geht es nur um den Nutzen an der Arbeiterklasse unter Ausnutzung und Verstärkung des initiativen Dranges der Arbeiterschaft zur Herstellung der einheitlichen proletarischen Front. Daraus wollen wir mit ihnen keine Einheitsfront, keine ehrliche und keine unehrliche, insbesondere aber keine Einheitsfront auf der Grundlage solcher parlamentaristischer Manöver, mit denen sie gerade jetzt versuchen, die Arbeiterklasse erneut zu täuschen und zu betrügen.

Die Einheitsfront, die wir wollen, und zu der der Aufruf des IA unter der Partei und des Reichskomitees der RSD alle Arbeiter auffordert, das ist die Einheitsfront mit dem kämpfenden Arbeiter, auch insbesondere derer, die im Lager sozialdemokratischer und reformistischer Organisationen stehen. Und wir sind der Meinung, daß es gerade jetzt eine Reihe erster Kampfaufgaben der Arbeiterklasse gibt, in denen Durchsetzung die sofortige Formierung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront möglich und notwendig wäre.

Rechnen wir die Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Der Krieg der imperialistischen Welt, als deren Sturmhuette der japanische Imperialismus gegen den Russischen Sozialismus in der Wandschlucht gegen die Sowjetunion vollzieht, ist heute nicht mehr eine Frage der Zukunft, sondern eine Frage der unmittelbaren Gegenwart geworden. Der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion ist tatsächlich schon eingeleitet und nicht nur Japan, sondern die ganze internationale Bourgeoisie ist an diesem Interventionskrieg und gegen das sozialistische Vaterland aller Werktätigen beteiligt. Das beweisen die Kriegserklärungen aus allen kapitalistischen Ländern für den japanischen Imperialismus, das beweist die niederrangige Haltung gegen die Sowjetunion der Bourgeoisie in allen Ländern und insbesondere der internationalen Sozialdemokratie, die in Bezug auf Gemeinschaft, Geduldigkeit und Niederschlächtigkeit dieser Haltung lebt. Die Bourgeoisie übertrifft hier stellen wir die Frage der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Nicht durch Friedensresolutionen, passende Befehle zum Kapitalismus und praktische Befehle zum Friedenskampf, sondern durch

wirkliche Organisierung des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegserklärungen und für dieVerteidigung der Sowjetunion, zum Kampf um die Verhinderung der Herstellung und des Transports von Kriegsmaterial, zum Kampf gegen den Klassenfeind im eigenen Lande, gegen die kriegsfreudige und kriegsbegierige Bourgeoisie und damit zum einzigen, revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Hier können und wollen wir die kämpfende proletarische Einheitsfront mit allen sozialdemokratischen Arbeitern. In dieser Einheitsfront haben allerdings die sozialdemokratischen Führer nichts zu suchen, die erst jetzt wieder durch das betrügerische demagogische und verlogene Maßnahmen mit der Resolution der Zweiten Internationale „gegen den Krieg“ die Arbeiter zu betrügen und vom wirklichen Kampf gegen den Krieg abzuhalten versuchen.

Wir nehmen wir die Frage des Kampfes gegen den Wohnraub. Hier wollen wir die wirklich kämpfende Einheitsfront zur Organisierung der

Razis schießen in einer Versammlung

„Aufgelöste“ SA-Banden versuchen eine SPD-Versammlung in Goslebade zu sprengen. Mit Bleigläsern gegen die Teilnehmer. Nur die in roter Einheitsfront kämpfenden Arbeiter können diesen Terror brechen

In einer unter dem Thema „Nazis gegen Nazis“ von der SPD nach Goslebade einberufenen öffentl. Versammlung am Sonnabend sollte der von den Nazis zur SPD übergetretene Dr. Schäfer sprechen. Nach dem Blitzer von Laubegast, wo die Nazis aus der ganzen Umgebung in eine Friedliche Versammlung direktiert worden waren und eine Saalschlacht provozierten, rückten die verbotenen SA-Banden auch hier geschlossen an, um durch entsprechenden Beschluß die Versammlung zu sprengen. Sie waren mit Bleigläsern gegen die Teilnehmer und als ein Politik ein Gas vor die Brust legten, räumte die Polizei den Saal mit dem Gummiträppel.

An der Seite des Soates wurde von einem Nazi aus einer Pistole auf den Referenten geschossen. Trotzdem der Täter mehrere Schüsse abgefeuert hat, konnte er angeblich nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich handelt es sich hier wieder einmal um die berüchtigte Razzie, die alle umlegen soll, die sahnenschnüchig werden.

Lebt den Verlauf der Vorfälle wird uns aus Goslebade berichtet:

Am Sonnabend fand in Goslebade eine öffentliche Versammlung der SPD „Nazis gegen Nazis“ statt. Die NSDAP hatte ihre „aufgelöste“ SA aus allen Stadtteilen, u. a. aus Laubegast, Coswig usw. zusammengezogen und sprang die Versammlung. Der Referent sollte sich nur einige Minuten durchsetzen, dann wurde des ungehörenden tumults wegen die Versammlung politisch aufgelöst. Auf der Straße sammelten sich draußen ungefähr 500 Menschen vor dem Hotel. Die Polizei ging gegen diese Leute sehr brutal vor und bat sie, nach Hause zu gehen.

Die Führung der NSDAP flüchtete mit dem Auto. Unter

den SPD-Leuten herrschte große Empörung, da die Nazis im Sitz liegen. Sie rückten kolonnenweise ab. Niemand hielt sie ab. Nach dem Helmweg distanzierten sie darüber, doch es in Toffenau in der SPD-Versammlung nicht so leicht gewesen sei, diese zu lösen. Die Diskussion der SA erreichte ihren Höhepunkt, als einige unter ihnen laut gegen ihre Zeitung Stellung nahmen und die Alkohol Wanglers für eine Schande für die gesamte NSDAP erklärt. An der Stadtgrenze erhielten die SA-Leute Gelder ausgeschüttet. Es konnte nicht festgestellt werden, ob sie den Eintritt zur Versammlung oder als besondere Entschädigung für die Versammlungssprengung.

Als die Nazis die kommunistische Versammlung in Laubegast noch demselben Rezept auseinandersetzten, berichtete die „Volkszeitung“ von „kommunistischen Überfällen“. Kaum eine Woche später, wird ihre eigene Versammlung von den Nazis ausständergesprengt und plötzlich leben die Generale der „Elternfront“ das „aufgelöste“ SA-Banden planmäßig am Werk. Und nun fragen sie wieder einmal die Regierung, wann sie das Verbot durchführen will, und fragen die Leitfähigkeit, was das für eine Partei sei.

Wie aber fragen die SPD- und Reichsbannerarbeiter, wie lange sie sich von ihnen führen in absoluter Passivität hinnehmen lassen wollen. Das Vorgehen der Nazis in ihrer Versammlung in Goslebade mußte zu der Erkenntnis bringen, daß der Kampf um die sozialistische Siedlerregierung, die von ihren Führern noch immer gestützt wird, einen Pfiffkrieg wird ist, denn von da haben die Arbeiter nicht das geringste zu erwarten. Ihre Kämpfer auf den steigenden Rassietter muß laufen: Schaffung des antifaschistischen Wallenschusses, Zusammenchluss in der roten Einheitsfront zum Kampf gegen die Strassenritter der Nazis.

Polizeiabsalven gegen Hungernde in Waltershausen

Ein Todesopfer – mehr als 50 Verletzte

Belagerungszustand. Protestdemonstration bei Beerdigung des erschossenen Arbeiters

Erfurt, 22. Mai 1932 (Sig. Bericht.)

Bei den Hungerunruhen in Waltershausen über die wie bereits am Sonnabend berichteten, ging die Polizei mit Gewalt und Gummiträppel gegen die demonstriierenden Wohlfahrtsempfänger vor. Ein Arbeiter wurde getötet, sieben schwer und über 50 leicht verletzt. Der Erschollene ist ein parteiloser, 38jähriger Arbeiter Oskar Kaufmann, Vater von zwei Kindern im Alter von sieben Jahren und sechs Wochen.

In Waltershausen herrschte Belagerungszustand, hämische Verhandlungen und Verbote. Die Arbeiter der Thüringer Schlachtabrik, des einzigen Betriebes am Orte, der noch arbeitet, und die sämtlichen Arbeiter traten aus Protest gegen das Vorgehen der Behörden und aus Solidarität mit ihren ermordeten Kollegen in den Streik. Sie fordern die sofortige Zurückziehung der Polizei und die volle Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung, ohne den vom Vandalen verordneten 10prozentigen Abzug.

Die Polizeiabschaltung wird aber weiterhin aufrecht erhalten. Polizeistreifen zu neun Mann mit schwabberbereitem Karabiner unter dem Arm, patrouillieren durch die Straßen

von Waltershausen. Nachts laufen Scheinwerferwagen durch die Stadt. Der sozialdemokratische Vandalen befürchten, daß dieser Belagerungszustand solange andauern wird, bis sich die Erwerbslosen bereit erklären, die gefürchtete Unterstützung anzunehmen.

Trotz des ungeheuerlichen Terrors gehaltene sich die Beerdigung des von der Polizei erschossenen Arbeiters in einer wuchtigen Massendemonstration gegen die Maßnahmen der ihm ähnlichen Richtung. Die ganze Bevölkerung war auf den Beinen. Delegationen aus den ganzen Umgebungen schmieden sich am Grab, um ihrer Verbundenheit mit den kämpfenden Erwerbslosen Ausdruck zu geben.

Von der Kommunistischen Partei und auch von anderen Parteien in die Einberufung des Thüringischen Landtages fordert werden. Da die Parteien, die die Landtagseinberufung verlangen, die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich brachte, muß der Landtag in den nächsten Tagen zusammentreten. Es wird sich dabei erweisen, daß die jetzt geführten tabularen Redenarten der Nazis und SPD keine Schwächegeister sind. Die Parteien zweitens die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen ablehnen werden.

Es ist für uns vielmehr eine Anleitung zum Handeln, eine Verpflichtung zur Überwindung und Ausmerzung von Feinden, die wir bisher noch teilweise gemacht haben und die uns sehr oft gehindert haben, die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter herzustellen.

Dieser Aufruf enthält für uns Kommunisten die erste Verpflichtung zur Überwindung jener Furcht in unseren Herzen, den willkürlichen Kampfbereiten und kämpfwilligen sozialdemokratischen Arbeitern ehrlich die Hand zu reichen und sie an die Kampfe unter unserer Führung heranzubringen. Dieser Aufruf verpflichtet alle Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften zur Lohnen und entschlossenen Eisenhabe in allen Kampfturmen, zur lebendigen Konfrontierung der Lösung der proletarischen Einheitsfront und zur Steigerung der Kampfkraft des Proletariats durch die geistegeiste Kampfkraft des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Schon haben wir in Sachsen einige Beispiele geschaffen, die zeigen, wie die Verpflichtung des Aufrufes für uns Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften erfüllt werden muß. Wir haben die Beispiele des Bauarbeiterstreiks und der Erwerbslosenaktionen des Lichtensteins gegen die Straßen- und Gaswacht und des Kampfes gegen Ermittlungen, wie wir haben den Einheitsfrontspunkt der RSD und der Roten Bauarbeiterverbände am Bildung der proletarischen Einheitsfront im Kampf, wir haben den erfolgreichen Appell des roten Fabrikarbeiterverbandes in Penig an Mitglieder des reformistischen Fabrikarbeiterverbandes zur gemeinsamen Verpflichtung der Kampfmaßnahmen gegen den Vandalen, wir haben die begeisterte Ausnahme unseres Einheitsfronts auf der 250 zum Teil jahrelang organisierten Lederarbeiterstreik in den nächsten Verhandlungen des Lederarbeiterverbands in Jöhstadt/Geb., die in dieser Versammlung den Ausführungen und der Resolution des Vertreters der RSD gegen den wütenden Widerstand der Bonzen fast einstimmig bestimmt. Wir haben die Tatsache, daß eine Reihe von Gruppen des Deutschen Freiheitsverbands sich unteren Komitees gegen Kulturreaktion für Kirchenaustritt angelehnt, haben die mit uns den Kampf gegen das Verbot des Verbands proletarischer Freiheitsverbände führen.

Wir haben Beispiele geschaffen. Diese Beispiele müssen anfeuernd und wegweisend wirken, sie müssen überalltätig werden, um der gesamten Arbeiterschaft unseres Weges der kämpfenden proletarischen Einheitsfront zu zeigen und für die kämpfende Einheitsfront zu gewinnen. Nur wir, konzentriert, konzentriert, wie es den Natur der Führung unserer Partei und der RSD, sollten wir es mit Ruhigkeit, Entschiedenheit und Initiative in unserem eigenen Heimat und in der Arbeiterschaft die einheitliche Kampfesfront der Arbeiter, so wird aus diesen ersten Beispielen sehr bald die geschlossene, einheitliche Einheitsfront der entschliebenden Schichten der Arbeiterklasse ermäßigt zum Massenkampf gegen die Pläne der Bourgeoisie, zum erfolgreichen Kampf gegen Reaktion, zum erfolgreichen Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Faschismus.

SLUB
Wir führen Wissen.